

NIH BRAU DA! PDA BERN

DIE ROTE POST DER PDA BERN ★ **NUMMER 1/2014** ★

ABSTIMMUNGEN VOM 18. MAI 2014

Städtische Vorlagen

NEIN zum Tierparkreglement

JA zur Initiative «Für bezahlbare Wohnungen»

Kantonale Vorlagen

JA zur Volksinitiative «Mühleberg vom Netz

NEIN zur Änderung des Gesetzes betreffend die Handänderungssteuer

2x JA zum Gesetz über die kantonalen Pensionskassen (PKG), Hauptvorlage und Eventualantrag

Eidgenössische Vorlagen

JA zum Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin»)

Einstimmig bei zwei Enthaltungen beschloss das ZK die Ja-Parole zum «Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung». Es handelt sich dabei um den direkten Gegenentwurf zur Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin», die im 2009 von «Hausärzte Schweiz», dem Berufsverband der Haus- und KinderärztInnen, lanciert wurde. Sie verlangte unter anderem die Förderung der Hausmedizin sowie eine «ausgewogene regionale Verteilung» und «günstige Voraussetzungen für die Ausübung der Hausarztmedizin.» Die InitiantInnen haben ihre Initiative zugunsten des Gegenvorschlags zurückgezogen.

NEIN zur Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen»

Am Ende einer teilweise kontrovers geführten Debatte beschloss das ZK mit einer zweidrittel Mehrheit die NEIN-Parole zur Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen». Für die Mehrheit des ZK sprachen hauptsächlich drei Gründe für das Nein zur Initiative. Erstens handelt



es sich beim Vorschlag um gesetzliche Massnahmen, die daher nicht in die Verfassung festgehalten werden müssen. Zweitens verschmäht der Initiativtext sämtliche mögliche Therapiemassnahme, da die betroffene Person definitiv von der beruflichen und freiwilligen Arbeit mit Kindern ferngehalten werden soll. Drittens wird die Entwicklung beim Menschen selber sowie bei der Medizin und der Psychotherapie verneint, wenn die Durchsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen generalisiert wird.

JA zur Volksinitiative «Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)»

Einstimmig hat das Zentralkomitee (ZK) der Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS) die JA-Parole zur Mindestlohn-Initiative beschlossen. Diese Vorlage ist mit Gewissheit die wichtigste in der laufenden Legislaturperiode. Bei einer Annahme der Initiative wird ein Mindestlohn in die Schweizer Verfassung verankert, was für viele Lohnabhängige zu einer wesentlichen Verbesserung ihrer Lebenssituation führen wird. Der garantierte Mindestlohn wäre eine der grössten Errungenschaften der Arbeiterinnen und Arbeiter seit 1848.

NEIN zum Bundesgesetz über den Fonds zur Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen

Einstimmig bei einer Enthaltung hat sich das ZK gegen den Kauf der Kampffjets Gripen ausgesprochen und somit die NEIN-Parole beschlossen. Die PdAS hat sich von Beginn an dagegen ausgesprochen und hat entsprechend das Referendum aktiv unterstützt. Für den sinnlosen Kauf muss das Armeebudget um fünf Milliarden Franken erhöht werden. Unser Widerstand gegen die von den Bürgerlichen gewollten Kriegsjets ist Pflicht.

Abstimmung vom 18. Mai

DIE ANGSTMACHEREI, DIE SCHWARZ-MALEREI UND DER LÜGENSCHWALL GEGEN DIE MINDESTLOHNINITIATIVE

Seit Wochen trommeln Gewerbeverband, Economiesuisse und andere Kapitalistenorganisationen, Kaderorganisationen sowie ihre Lakaien, die bürgerlichen Parteien SVP, FDP/„Liberale“, BDP, GLP und die „Christlichen“ CVP, EVP und EDU ein veritables Sperrfeuer gegen die Mindestlohninitiative, als ob die Existenz der Menschheit auf dem Spiel stände. Die wirtschaftsabhängigen und -hörigen Tagesmedien (andere gibt's ja keine mehr), vor allem die Tageszeitungen inkl. Gratisblätter und ihre Online-Plattformen haben allerdings schon viel früher verdeckt gegen die Mindestlohninitiative zu schiessen begonnen, z.B. in Form von Kommentaren und Interviews sogenannter „Experten“ und Kaderleuten von staatlichen Behörden, hinter denen sich die Heckenschützen der Redaktionen versteckten.

Sprüche aus Inseraten und Werbebroschüren der Mindestlohn-Gegnerschaft

- „Mindestlohn schadet der Schweiz“
- „Mindestlohn vernichtet Arbeitsplätze“
- „Weltrekordhoher Mindestlohn“
- „Massiver Angriff auf das Erfolgsmodell Schweiz“
- „Schweiz wird Wirtschaftswüste“
- „Zerfall der Schweiz“
- „Staatliches Lohn-Diktat“
- „Keine Teilzeitjobs mehr für Mütter in einkommensschwachen Familien“
- „Zunehmender Mangel an Nachwuchskräften für die Betriebe“
- „Schwarzarbeit nimmt massiv zu“
- „Dramatisches Beizensterben“
- „Tomaten verfaulen auf den Feldern“ (-> weil keine Hilfskräfte mehr ausgebeutet werden können!)
- „Bauernsterben“
- „Die Mindestlohninitiative bricht den Bergkantonen das Genick“
- „Abwanderung und gar Schulschliessungen in den Land- und Bergregionen“
- „4000 Franken sind zu viel“ (-> nicht aber Millionen für Chefs und Kapitalisten)
- „Schweizerinnen und Schweizer werden zu Grenzgängern im benachbarten Ausland“

Anstelle der Mitgliederversammlung stossen wir am Montag bei einem kleinen Apero auf den 11. Jahrestag des Wiederbestehens der PdA Bern an.

Danach zeigen wir den Film zum Thema 40 Jahre Nelkenrevolution in Portugal «**Scenes from the Class Struggle in Portugal**»

Am 25. April 1974 erhoben sich fortschrittliche Soldaten gegen das faschistische Regime, welches 48 Jahre an der Macht war, was auch den Rückzug aus den Kolonien und den Kriegen gegen die dortige nationale Befreiung zur Folge hatte. Aus diesem Anlass wird der schöne Film «Scenes from the Class Struggle in Portugal» gezeigt (USA/P 1977, 2001 restauriert, 85 min., Regie: Robert Kramer). Original (en/por) mit Untertiteln (dt/en).

5. Mai 2014, 19:30 Uhr Käfigturm, Polit-Forum (4. Stock), Marktgasse 67, Bern



- „Keine Studentenjobs mehr“
- „Falsche Anreize für Jugendliche“
- „Jugendliche machen keine Berufsbildung mehr“
- „Verlust der Flexibilität der Unternehmungen bei Wirtschaftskrisen“
- „Zerstörung der Arbeitgeberfreiheit“ (-> sie wollen frei über unser Leben bestimmen!)
- „Das Ende der Sozialpartnerschaft“ (-> die viele Arbeitgebenden verweigern, z.B. Gesamtarbeitsverträge!)

Zum Schluss noch eine Aussage zu einem „anderen“ Abstimmungsthema, aus der Broschüre des Gewerbeverbands, um die Perfidie und Blödsinnigkeit gewisser Anti-Mindestlohn-Propagandisten zu zeigen:

„Ohne Gripen keine Swiss und kein Flughafen Genf“

Unser Kommentar zu den Behauptungen der Gegnerschaft

Wer einen existenzsichernden Lohn bei 100 % Arbeitspensum erhält, braucht keinen Nebenjob, um zu überleben! Dasselbe gilt für Studierende und andere Auszubildende, sofern man ihnen genügend Ausbildungsunterstützung (Stipendien, zinslose Darlehen usw.) zugesteht!

Leute, die für sich selber weit mehr als 4000 Franken im Monat beanspruchen und beziehen, auch ohne Arbeitsleistung, aber für 22 Franken pro Stunde oder darunter keinen Finger rühren würden, verweigern also einem bedeutenden Teil der Arbeitenden und ihren Familien das Recht, ein gesichertes Leben zu führen! Die Kapitalisten und die Chefs, aber auch der wohlhabende Teil des sogenannten „Mittelstand“ befürchten, dass ihre hohen Profite, Honorare und Saläre nicht mehr ins Unendliche steigen könnten!

Für das, was den Arbeitenden zum Leben fehlt, soll nach den tieflohnbezahlenden Arbeitgebenden der sonst so verachtete Staat einspringen; die Gemeinschaft aller Steuerzahlenden subventioniert also nicht lebensfähige Betriebe! Unternehmende, die ihren Angestellten nicht existenzsichernde Löhne zahlen können/wollen, sollten die Arbeit selber tun oder ihre Selbständigkeit aufgeben und (wieder) Arbeit nehmen! Es gäbe sicher Konkurrenz, die in die Lücke springen und faire Löhne zahlen kann und will!

Ein Unternehmerverebandsfunktionär in einem Radiogespräch zu den Tieflöhnen im Detailhandel und im Gastgewerbe: „Die Verkäuferinnen und die Serviererinnen leisten ja nicht mehr, als was sie verdienen“. Derweil machte der Chef in den Zeiten des grössten Arbeitsanfalls auf den Malediven Ferien, während sich seine Schuhverkäuferinnen im Geschäft abrackerten (sagte eine Verkäuferin seines Geschäfts)!

Von wegen „falsche Anreize“: die Jugendlichen sind nicht blöd; sie verzichten gewiss nicht auf eine gute Berufsausbildung, weil sie nach der Schulzeit ohne Lehre vielleicht für 4000 Franken pro Monat arbeiten könnten! Leider lassen sich auch gewisse, von der blöden Gewerbepropaganda manipulierte Studierende und Auszubildende zu gegenteiligen Unterstellungen missbrauchen.

In der ganzen Propaganda gegen die Mindestlohninitiative wie auch in der Denk- und Handlungsweise vieler Arbeitgebenden, Chefs, gutverdienenden Angestellten und der bürgerlichen Parteien zeigt sich eine typische Sklavenhaltermentalität: Sie sollen freie Hand haben, um in kritischen wirtschaftlichen Situationen, die sie oft selber verursacht haben, und nach eigenem Gutdünken mit ihren „Untergebenen“ frei umspringen und z.B. Tieflöhne ausrichten zu können. Wie es in der Sklavenhalterei üblich ist, gibt es einen Teil von „Sklaven“, die die Ausbeutung wohlwollend akzeptieren (müssen).

MINDESTLOHNINITIATIVE JA!

Die Annahme der Mindestlohninitiative bedeutet noch bei weitem nicht die soziale Revolution und den Sozialismus nach dem Marxschen Prinzip „Einem Jeden nach seinen Bedürfnissen“, aber sie bedeutet etwas weniger Ungerechtigkeit und einen kleinen Sieg im Klassenkampf! Übrigens: das Wort „Gerechtigkeit“ kommt bei den Gegnern der Mindestlohninitiative nirgends vor!

1. MAI
TAGE
DIE
ARBEIT
FREIHEIT



HERRAUS ZUM 1. MAI, BUNDESPLATZ BERN

DIE SCHWEIZ KANN ES SICH LEISTEN!

F
P
M
L
4
F
A
P
T
A
I
R
A
N
D
N
O
O
O
!

P
d
A

PdA
PARTEI
DER
ARBEIT
BERN

• • JA AM 18. MAI 2014

JEDE EINHEITSPOLIZEI PFEIFT AUF DEMOKRATISCHE KONTROLLE!

Evaluationsbericht Police Bern; Diskussion Intervention der PdA an der Stadtratssitzung vom 3.4.2014

Zentralisierung, Konzentration, Monopolisierung – diese so hochgelobten „Wunderwaffen“ im Dienst der Effizienz sind uns aus vielen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft bestens vertraut. Und regelmässig werden sie uns verkauft mit dem Hinweis auf die ominösen Synergieeffekte, die sich damit unumgänglich einstellen würden. Oder etwas simpler ausgedrückt: Es wird besser und erst noch billiger! Bei der Einführung von Police Bern hat man uns genau dieses Versprechen gemacht. Jetzt rechnen wir nach.

Was ist von diesem Versprechen geblieben? Das Fazit zu den Synergien jedenfalls kommt im Evaluationsbericht recht bescheiden daher und quält sich sprachlich mit lauter Merkwürdigkeiten herum: Warum liegt keine „saubere“ Beurteilung vor? Was meint „kaum“ im Zusammenhang mit Beurteilung? Was bleibt von Synergien übrig, wenn „davon ausgegangen werden kann“, dass sie „teilweise“ und dann erst noch „möglicherweise“ erzielt werden – oder dann auch nicht? Merkwürdige Verrenkungen, wenn es um einen Kernbereich der Evaluation geht!

Politisch weitaus bedenklicher noch ist die mangelhafte Umsetzung eines weiteren Versprechens: Die Mitwirkungsmöglichkeiten der Gemeinden mit Hilfe geeigneter Steuerungsinstrumente werden heute mit grosser Skepsis beurteilt. Dass die „saubere“ Unterteilung in strategische und operative Ebene doch wohl eher etwas fürs geduldige Papier ist, geht ebenfalls aus dem uns vorliegenden Papier hervor: „Je strategischer der zu steuernde Sachverhalt, desto schlechter wird das Steuerungsinstrument beurteilt.“ Das stellt nicht nur die zu erwartende Logik auf den Kopf – das weist auch unmissverständlich auf den demokratiepolitischen Haken des Konstrukts Police Bern hin. Fehlende demokratische Kontrolle ist die Basis, auf der sich die Entfremdung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Polizei entfalten kann. Das kann wirklich nur im Interesse der Vertreter einer verselbständigten Einheitspolizei sein. Da kann uns der Bericht auch nicht wirklich be-

ruhigen, wenn er beteuert, dass im Rahmen der Zusammenführung eine „Kulturverschmelzung“ statt gefunden habe. Stellt sich doch auf dem Hintergrund der mangelhaften politischen Steuerung die Frage, welche und wessen Kultur sich da nun zu etablieren anschickt. Die Unkenntnis, die Verunsicherung und die soziale Entfremdung von Polizeikräften gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort hat noch in jedem historischen Fall Machtmissbrauch Vorschub geleistet. Wer mit den kulturellen Eigenheiten, den ganz unterschiedlichen Mentalitäten und Interessenlagen im „Operationsgebiet“ nicht aus eigener Erfahrung vertraut ist, ist der Lageeinschätzung von oben ausgeliefert und hat damit keine Möglichkeit zu einer selbständigen, kritischen, mündigen Überprüfung und Kontrolle.

Es muss hier einerseits darum gehen, Bürgerinnen und Bürger vor einer sich verselbständigenden staatlichen Gewalt in Form der Einheitspolizei zu schützen – andererseits haben aber auch Polizistinnen und Polizisten ein legitimes Recht darauf, ihren Dienst in einem politischen Klima und unter Bedingungen zu leisten, die ihre Rechte und Würde als Bürgerinnen und Bürger respektieren. Das Anhäufen von Überstunden und der Verschleiss in Einsätzen, die durch operative und strategische Fehleinschätzungen von oben zu verantworten sind – das ist letztendlich politisches Gift für unser Zusammenleben in einem demokratischen Gemeinwesen. Aber vielleicht ist es ja genau das, was die Verfechter der Einheitspolizei als Synergie sich erhoffen.

Rolf Zbinden, Partei der Arbeit Bern, 3. April 2014

Impressum:

PdA Partei der Arbeit des Kantons Bern
Quartiergasse 17, Postfach 7501, 3001 Bern
www.pdabern.ch / mail@pdabern.ch
Kontonummer 30-26786-9